

Hochschulwahlen 2018

16. - 18. Januar

***Für ein gutes und freies
Studium!***

**Das Wahlprogramm der
Juso-Hochschulgruppe Göttingen**

**www.linke-kraft.de
Facebook: Juso-HSG Göttingen
Twitter: @JusoHSG_goe**



Liebe Wähler*innen,

in euren Händen haltet ihr unser Wahlprogramm zu den Hochschulwahlen 2018. Als Juso-Hochschulgruppe Göttingen treten wir auch in diesem Jahr auf allen Ebenen der studentischen und akademischen Selbstverwaltung an, um eure Interessen an der Universität zu vertreten. Unser Anspruch dabei ist es, aktive linke, progressive und emanzipatorische Hochschulpolitik umzusetzen.

Als feministischer, sozialistischer und internationalistischer Richtungsverband orientieren wir uns an Idealen wie sozialer Gerechtigkeit, Solidarität und Demokratie. Mit unserer engagierten Arbeit im AStA (Allgemeiner Studierendenausschuss) und den verschiedenen Gremien innerhalb und außerhalb der Universität stehen wir für unsere Ideale und die Interessen der Studierendenschaft ein. Wir wollen Euch gut nach Außen gegenüber dem Studierendenwerk, der Stadt Göttingen, dem Land Niedersachsen und auf Bundesebene vertreten und aktiv Verbesserungen, z.B. im Studium, der Wohnraumsituation oder der Studienfinanzierung, erreichen.

Hochschulpolitik bedeutet für uns auch immer Gesellschaftspolitik, da die Universität auch ein Teil dieser ist. Deswegen sehen wir die Aufgaben des AStA auch in der allgemeinpolitischen Positionierung zu Themen wie Flüchtlingspolitik oder im Kampf gegen rechtes Gedankengut. Wir setzen uns aktiv gegen Rassismus, Sexismus, Homophobie, Antisemitismus und Ableism sowie für eine freie Gesellschaft ein – gerade in Zeiten einer AfD im Bundestag und im niedersächsischen Landtag ist dies bitter nötig. Daher bringen wir uns im Göttinger Bündnis gegen Rechts ein und stellen uns rechtem Gedankengut auch auf der Straße in den Weg. Durch das allgemeinpolitische Mandat sehen wir uns in der Pflicht, Veranstaltungen zur politischen und kulturellen Bildung anzubieten, die das im Studium vermittelte Fachwissen ergänzen. Dafür wollen wir uns auch weiterhin im AStA einsetzen.

Zu guter Arbeit im AStA gehören natürlich auch die Verhandlung eines guten Bahn-, Bus- und Kulturtickets sowie eine kompetente Beratung zu allen Bereichen des Studiums, wie Finanzfragen, Rechtsfragen oder weiteren Belangen der Studierenden. Mit unserer Arbeit im AStA haben wir gezeigt, dass wir für Politik und Service stehen, da beide Bereiche in der Arbeit der Studierendenvertretung für uns untrennbar miteinander verbunden sind.

I. Für eine starke Studierendenvertretung!

In den letzten zwei Jahren hat sich einiges getan. Dank Eurer Stimmen konnten wir im Februar 2016 einen inaktiven Mitte-Rechts-AStA ablösen und prägen die Arbeit in der Studierendenvertretung seitdem in vielfacher Weise. Unsere erfolgreiche Arbeit im Allgemeinen Studierendenausschuss möchten wir mit eurer Unterstützung weiterführen. In momentan acht Referaten bilden wir eine aktive und politische Studierendenvertretung. Dabei werden der AStA-Vorsitz und die Referate für Soziales, Hochschule und Gender & Diversity in dieser Legislaturperiode von Referent*innen der Juso-HSG geleitet. Auch die Betreuung der neuen Erstsemester und die Verhandlung zu Bus- und Bahntickets sowie die finale Aushandlung des neuen landesweiten Semestertickets wurden durch Vertreter*innen unserer Hochschulgruppe realisiert.

Dank der Besetzung des AStA-Vorsitzes konnten wir in diesem Jahr als Juso-HSG die Studierendenvertretung an der Uni maßgeblich leiten und beeinflussen. So nimmt der AStA-Vorsitz nicht nur repräsentative Aufgaben nach außen hin wahr, sondern setzt grundlegende Impulse in der Hochschulpolitik, zum Beispiel in vielfachen Gesprächen mit der Hochschulleitung. Dadurch konnten wir unseren Forderungen noch besser Gehör verschaffen.

Zudem war es uns durch die Wiederbesetzung des Referats für Soziales möglich, das Thema soziale Gerechtigkeit auch weiter in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu rücken. Die Juso-HSG wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass hier rund um Themen wie dem Wohnungsmangel, Studieren mit Kind, Studienfinanzierung oder Unterstützung für beeinträchtigte Studierende ein breites Beratungsangebot bereitgestellt wird. Schlaglichter wie unsere Elterncafés, ein Arbeitskreis zur nach wie vor schwierigen

gen Wohnsituation oder die Semesterticketrückerstattung unterstreichen diesen Anspruch.

Ziel der Studierendenvertretung muss es ebenso sein, Diversität & Vielfalt auf dem Campus zu fördern und benachteiligte Gruppen in Schutz zu nehmen und zu unterstützen. Aus dieser Aufgabe ist in den letzten zwei Jahren das ebenfalls durch die Juso-HSG betreute Referat für Gender & Diversity entstanden. Dieses konnte neben vielen inhaltlichen Veranstaltungen wie dem zweimal sehr gelungenen feministischen Poetry Slam auch nachhaltig Strukturen an der Universität verändern, zum Beispiel indem erfolgreich eine neue Antidiskriminierungs-Beratungsstelle und ein Pilot-Projekt zur Unterstützung von trans* Studierenden in der Stabsstelle für Chancengleichheit und Diversität initiiert und geschaffen wurden. Zudem hat das Referat in diesem Jahr das feministische Redaktionsprojekt „Radikarla“ gestartet und eine erste Ausgabe der ursprünglich aus den 90er Jahren stammenden Zeitschrift herausgebracht. Im Falle einer Wiederwahl streben wir eine erneute Fortführung dieses Referats an.

Mit der erstmaligen Besetzung des Hochschulreferats konnten wir als Juso-HSG darüber hinaus viele wichtige Impulse im Bereich des guten Studiums und der studentischen Kultur setzen sowie unseren Forderungen nach guten Studienbedingungen Nachdruck verleihen. Hierfür hat das Referat beispielsweise ein alternatives Vorlesungsverzeichnis erstellt, das Studierende dazu ermutigen soll, über ihren (fachlichen) Tellerrand hinaus zu blicken.

Zur Realisierung unseres Anspruches auf ein allgemeinpoltisches Mandat fordern wir einen AStA, der das herkömmliche und meist unkritische Lehrangebot um zusätzliche Veranstaltungen ergänzt und politische Bildung als wichtiges Ziel ernst nimmt. Das in diesem Jahr zum zweiten Mal durchgeführte kostenlose Campusfestival „festival contre le racisme“ kann als politisches Event mit rund 3.000 Besucher*innen wieder als ein großer Erfolg gewertet werden. Auch im Falle einer erneuten Amtszeit würden wir wieder großen Arbeitseinsatz in die Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen wie dieser investieren.

Unsere Arbeit in der Studierendenvertretung folgte in all diesen Referaten und darüber hinaus einer öffentlich einsehbaren Agenda. Auf diese Weise konnten alle Studierenden unsere Ziele und Forderungen mit der geleisteten Arbeit abgleichen. Auch die Aufgabe einer möglichst breiten Bewerbung der AStA-Veranstaltungen, sowie die öffentlichkeitswirksame Verbreitung der Positionen der Studierendenschaft, etwa gegenüber dem Universitätspräsidium oder dem Studierendenwerk, wurde wieder durch Vertreter*innen unserer Gruppe begleitet. Erstmals konnten wir in diesem Bereich auch durchsetzen, dass wir regelmäßig einen digitalen AStA-Newsletter an alle Studierenden verschicken können, um noch besser und transparenter über unsere Arbeit zu informieren.

Und auch außerhalb des AStA waren wir im vergangenen Jahr äußerst aktiv: So konnten wir eine der zwei studentischen Senator*innen stellen und damit unsere Forderungen so in den Senat, dem höchsten beschlussfassenden Gremium der Universität tragen.

Darüber hinaus sitzen Vertreter*innen unserer Gruppe in den Gremien des Studierendenwerks und haben sich im vergangenen Jahr aktiv für bezahlbare Mieten, genug Wohnraum, gute Mensen und einen Ausbau der Beratungsangebote eingesetzt. Hier konnten wir in der kurzen Zeit schon erste Erfolge verbuchen, nachdem wir in den letzten Jahren hier nicht vertreten waren. So konnten wir einen Härtefallfonds in Höhe von 20.000€ im Bereich Wohnen durchsetzen und die Kapazität des im Bau befindlichen Wohnheims an der Lutter erhöhen.

Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal unserer Gruppe ist die Vernetzung mit anderen Juso-Hochschulgruppen auf Landes- und Bundesebene. Dort sind wir momentan sehr gut vertreten: Mit einer Landeskoordinatorin für Niedersachsen und einem Mitglied im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen ist Göttingen auch landes- und bundesweit sehr präsent. Außerdem eröffnet sich durch die formale Verbindung zur SPD eine gute Vernetzung in die Kommunal- und Landespolitik. Dabei sind wir bei unseren Inhalten vollständig unabhängig von der SPD und begleiten die aktuelle Politik kritisch. Wir nehmen Einfluss auf die Politik und mit der Juso-Hochschulgruppe im AStA profitieren davon alle Stu-

dierenden der Universität Göttingen.

II. Unsere Forderungen, unsere Ziele!

1. Soziale Gerechtigkeit

Wir kämpfen als Hochschulgruppe aktiv für soziale Gerechtigkeit. Dies bedeutet, dass wir möglichst für alle Menschen Hürden an der Hochschule abbauen wollen. Vor allem für diejenigen, die durch ihre Lebenssituation sowieso schon stärker belastet sind. Dazu gehören Studierende mit Kind genauso wie Studierende, die ihr Studium durch einen Nebenjob finanzieren müssen oder auch andere Gruppen von Studierenden, zum Beispiel solche, die Angehörige pflegen müssen. Auch dazu gehören geflüchtete Studierende, denen ein regulärer Hochschulzugang ermöglicht werden muss.

Zum einem guten Studium in Göttingen gehört auch bezahlbarer, studentischer Wohnraum. Seit mehreren Jahrzehnten verschärft sich der Wohnraumangel in der Stadt Göttingen. Allein von 2016 auf 2017 sind die Mieten um 3,88% Prozent gestiegen, in den letzten vier Jahren insgesamt um 24,6%! Das ist fast ein Viertel mehr Miete in nur vier Jahren! Wir fordern daher die bessere Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis, aber auch eine umfassendere Unterstützung des Studierendenwerks durch Mittel aus dem Landeshaushalt. Der soziale Wohnungsbau für alle muss gefördert werden. Studierende, Geflüchtete und Menschen mit keinem oder geringem Einkommen dürfen auf dem Wohnungsmarkt nicht gegeneinander ausgespielt werden! Vielfältiger Wohnraum ist wichtig für uns: Alle Wohnformen müssen vom Studierendenwerk weiterhin gefördert werden! Die Fokussierung auf Einzelappartement mit Nasszelle und Kochnische darf nicht unser Ziel sein.

Wir wollen weiterhin, dass das Essen in der Mensa für alle Studierenden bezahlbar bleibt. Preissteigerungen wie die kürzliche Kaffee-Preiserhöhung dürfen nicht zur jährlichen Gewohnheit werden. Stattdessen muss das Studierendenwerk als Betreiber*in der Mensen und Cafeterien finanziell besser vom Land ausgestattet werden, um ein gutes Essensangebot zu fairen Preisen zur Verfügung stellen zu können.

Wir kämpfen für ein alters- und elternunabhängiges BAföG, dessen Sätze regelmäßig und automatisch an die finanzielle Lebensrealität der Studierenden angepasst werden. Kleine „BAföG-Reförmchen“ gehen uns nicht weit genug! Langfristig ist das BAföG wieder als Vollzuschuss vom Bund zur Verfügung zu stellen und wir streben eine deutliche Erweiterung des Berechtigtenkreises durch eine Anhebung der Freibeträge an. Damit BAföG-berechtigte Studierende dies auch annehmen, muss außerdem eine transparentere, breitere und verständlichere Beratung zu BAföG erfolgen.

Wir begrüßen die zentrale Abschaffung der Anwesenheitspflicht durch die Landesregierung im Dezember 2015 und fordern die flächendeckende Umsetzung an der Uni Göttingen, die noch immer nicht konsequent erfolgt ist. Eine konsequente Durchsetzung des gesetzlichen Verbotes zum Anwesenheitszwang würde zum Beispiel Studierende mit Kind, Studierende mit Beeinträchtigung oder Studierende, die einem Nebenjob nachgehen müssen, entlasten. Insbesondere Problemlagen von Studierenden mit nicht-akademischem Hintergrund müssen unserer Meinung nach von allen Institutionen an der Hochschule stärker in den Fokus gerückt werden. Nur so können wir eine umfassende Öffnung der Hochschule gewährleisten!

Zum Wintersemester 2014/15 hat die rot-grüne Landesregierung die allgemeinen Studiengebühren abgeschafft. Die Abschaffung der sozial selektiven Campus-Maut begrüßen wir sehr! Leider werden aber immer noch Langzeitstudiengebühren vom Land erhoben. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass auch diese Gebühren sowie der Verwaltungskostenbeitrag eingestampft werden. Aussagen wie die der Ex-Wissenschaftsministerin Niedersachsens à la „Verwaltungsgebühren kann sich doch eh jede*r leisten“ gehen gar nicht! Und auch Kostenfaktoren innerhalb bestimmter Studiengänge, wie teure Pflichtpraktika, müssen verschwinden oder übernommen werden. Wir wollen hin zu einem gebührenfreien Bildungssystem, an dem Alle teilhaben können!

Seit 2015 gibt es den gesetzlichen Mindestlohn. Dieser gilt natürlich auch für Studijobs, ob am Lehrstuhl, im Bistro, der Bibliothek oder am Fließband in der Mensa. Das muss ausnahmslos gelten, für alle geleistete Arbeitszeit! Außerdem fordern wir eine regelmäßige Anpassung des Mindestlohns sowie einen für studentische Mitarbeiter*innen an Hochschulen geltenden Tarifvertrag. Auch der wissenschaftliche Nachwuchs muss gefördert und nicht geschröpft werden. So arbeiten wissenschaftliche Hilfskräfte und Lehrbeauftragte der Universität in oft höchst prekären Arbeitsverhältnissen, mit Arbeitsverträgen, die nur wenige Monate Sicherheit geben, und mit einer Vergütung, von der alleine nicht gelebt werden kann. Für eine soziale und gerechte Hochschule mit guter Lehre muss sich das ändern!

2. Gute Lehre - Gutes Studium

Wir sprechen uns für ein kritisches und selbstbestimmtes Studium aus. Studierende sind erwachsene Menschen und sollten auch so behandelt werden. Leider nutzten viele Dozierende einen Gesetzespassus, um sich gegen die gesetzliche Abschaffung der Anwesenheitspflicht zu sperren. Wir sprechen uns gegen die Verschulung des Studiums aus. Seminare sollten aufgrund von Interesse und guter Lehre gefüllt sein – nicht aus Zwang. Gute Lehre muss einerseits durch didaktische Fortbildungen für Lehrende gewährleistet werden, andererseits durch gute Arbeitsbedingungen. Für uns geht der Kampf gegen die allgemeine Anwesenheitspflicht weiter!

In den letzten Jahren haben sich Bund und Länder zunehmend auf die Einwerbung von Drittmitteln durch die Hochschulen zur zusätzlichen Finanzierung verlassen. Damit haben sich diejenigen, die sich für gute Bildung und Forschung verbürgten, feige aus ihrer Verantwortung gestohlen. Hier gilt es, Bund und Länder wieder stärker in die Pflicht zu nehmen. Bildung ist ein hohes Gut und darf niemals nur der möglichst schnellen Bereitstellung von Humankapital für den Arbeitsmarkt dienen. Eine flächendeckende Hochschulfinanzierung mit breitem Bildungsangebot zu etablieren, muss künftig gewährleistet werden, um eine „Zwei-Klassen-Bildung“ zu verhindern. Den föderalen Flickenteppich in seiner jetzigen Konstitution lehnen wir ab und fordern eine einheitliche Konzeption sowie ein endgültiges Ende des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern in Bildungsangelegenheiten. Dies würde eine von Drittmitteln unabhängige und eigenständige Wissenschaft fördern. Wir stellen uns gegen die Ökonomisierung der Hochschulen und die kapitalistische Verwertung von Bildung!

Die Universität Göttingen möchte wieder Teil der Exzellenzstrategie, vormals „Exzellenzinitiative“, werden. Wir stehen diesem Vorhaben sehr kritisch gegenüber, da hierdurch nur eine punktuelle Verbesserung der Forschung zu Lasten der Lehre vollzogen wird. Die Exzellenzstrategie und der damit einhergehende Elitestatus bringen keine Vorteile für die Studierenden, stattdessen dienen sie letztendlich nur als Prestige-Objekt für das Universitäts-Präsidium. Daher gilt für uns: Keine Exzellenzinitiative zu Lasten der Lehre! Studierende sind keine bloßen „Kund*innen“ des Unternehmens Hochschule und gute Lehre und Forschung müssen auch außerhalb einiger weniger, in einer Exzellenzinitiative leuchtturmartig hervorgehobener Cluster bereitgestellt werden. Zudem geht die Hochschule in beträchtliche finanzielle Vorleistungen, um jenes Prestige zu erreichen. Wir werden die Exzellenzinitiative daher weiterhin im Senat kritisch begleiten und gleichzeitig versuchen, aus diesem Prozess das Beste für Lehre und Forschung herauszuholen.

Insgesamt gilt: Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen fordert eine von der Wirtschaft und finanziellen Eigenleistungen unabhängige Hochschule. Bildung als Investition in die Zukunft darf nicht privatisiert, ökonomisiert und durch Konkurrenzdenken bestimmt werden!

Auch ohne eine neue, große Studienreform kann das Studium verbessert werden. An der Sozialwissenschaftlichen Fakultät sind z.B. die Anwesenheitspflichten bereits abgeschafft und somit die Bevormundung von Studierenden seitens der Universität eingeschränkt. Weiterhin sind die Wahl- und Kombinationsmöglichkeiten innerhalb der Studienfächer wichtig für ein selbstbestimmtes Studium. Dies gilt es für die gesamte Universität umzusetzen, damit das Studium nicht zu einer verlängerten Schulzeit

verkommt. An der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät hat man durch Streichcredits und die Wiederholbarkeit von Prüfungen die Möglichkeit, seine Noten zu verbessern, wenn man in der Prüfung zum Beispiel einen Black-Out oder durch einen Nebenjob einfach zu wenig Zeit zum Lernen hatte. Solche Angebote müssen universitätsweit ausgebaut werden. Weiterhin kann durch die Erweiterung der Prüfungsarten auf individuelle Stärken von Studierenden eingegangen werden. Kann sich eine Person besser mündlich ausdrücken, würde eine mündliche Prüfung statt einer Klausur die Leistungsfähigkeit besser abbilden. Auch eine Hausarbeit sollte durch verschiedene andere schriftliche Leistungen ersetzt werden können, die einen äquivalenten Arbeitsaufwand haben. Darüber hinaus fordern wir eine flächendeckende Anonymisierung von Prüfungen. Dies erhöht die Chancengleichheit aller Studierenden und vermindert schlechtere Bewertungen von benachteiligten Gruppen in den Prüfungen.

Weiterhin sollen studentische Interessen in Lehrveranstaltungen respektiert und eingebunden werden. Lehrende und Lernende sollen auf einer Ebene agieren und möglichst hierarchiefrei miteinander arbeiten. Interdisziplinarität soll in Studiengängen ermöglicht werden, damit Studierenden die Chance gegeben wird, über den Tellerrand des eigenen Faches hinaus zu blicken und ihren Horizont zu erweitern. Hier können alle Fakultäten von dem vorhandenen Wissen an anderen Fakultäten profitieren und so Studieninhalte und Forschung verbessern. Wir fordern das Aufeinanderzugehen der Fakultäten und die Suche nach fachspezifischen Möglichkeiten der Kooperation im Speziellen, wie z.B. gemeinsame Seminare oder Vorlesungsreihen.

In den Prüfungsphasen müssen den Studierenden ausreichend Arbeitsplätze in den Bibliotheken zur Verfügung stehen. Durch die hohe Zahl der Studienanfänger*innen in diesem Jahr muss auch die Öffnung von Seminarräumen in der vorlesungsfreien Zeit geprüft werden, damit allen Studierenden eine gute Vorbereitung auf die Prüfungen möglich ist. Dazu gehört auch ein Ausbau der Öffnungszeiten der Bereichs-Bibliotheken, wie z.B. im KWZ. Bei der Prüfungsanmeldung über FlexNow soll eine kurzfristige An- und Abmeldung unbürokratisch möglich sein. Wichtig ist auch eine einheitliche Regelung für die gesamte Universität. Hier befürworten wir das Konzept, welches an der sozialwissenschaftlichen Fakultät umgesetzt wurde und eine Frist von 24 Stunden für die An- und Abmeldung von Prüfungen jeder Art vorsieht.

3. Campus-Infrastruktur und Digitalisierung der Bildung

Für ein gutes Studium muss auch eine gute Infrastruktur vorhanden sein. Doch anstatt marode Gebäude und heruntergekommene Seminarräume zu renovieren, setzt die Uni immer noch viel zu häufig auf Prestigeprojekte wie die Restaurierung der alten Mensa. Für uns gilt: Campus-Infrastruktur zu verbessern ist wichtiger als Leuchtturmprojekte zu finanzieren, die nur dem Ansehen einer „Elite“-Uni dienen sollen!

Zu einer guten Infrastruktur zählt für uns aber nicht nur, dass Gebäude nicht auseinanderfallen, sondern auch, dass ein gutes Studieren und gutes Leben auf dem Campus möglich ist. Das heißt, dass im Sinne eines sozialen Campus Treffpunkte, Rückzugsräume wie der Ruheraum im VG, selbstverwaltete Räume wie das Autonomicum, zentrale Orte zum Verweilen und mehr geschaffen werden – insbesondere auch am Nordcampus! Hier fehlen solche zentralen Treffpunkte und sozialen Räume wie am Zentralcampus bisher noch. Wir wollen uns daher dafür einsetzen, dass diese dort entstehen können.

Zu Infrastruktur gehört aber auch eine digitale Infrastruktur. In diesem Bereich engagiert sich die Ju-so-HSG aktiv, indem wir als Gruppe die studentische Digitalisierungsbotschafterin stellen. Im Rahmen der immer weiter voranschreitenden Digitalisierung der Lehre ist dieses Thema sehr wichtig. Zum Beispiel entscheiden sich immer mehr Studierende für die Arbeit an Laptops und Tablets in Seminaren und Vorlesungen, sehen sich dabei aber in der täglichen Arbeit mit grundlegenden Hindernissen konfrontiert. Dabei ist aus Gründen der Nachhaltigkeit der Einsatz von Tablets und Laptops durchaus unterstützenswert. Wichtig für einen problemlosen Einsatz technischer Geräte ist das reibungslose Funktionieren des WLANs in allen Gebäuden und Bereichen der Universität. Darüber hinaus wollen

wir uns für einen Ausbau der Computerarbeitsplätze am Campus und allen zugehörigen Institutionen einsetzen. Besonders hinderlich bei der Nutzung von elektronischen Geräten an der Universität ist die extrem geringe Anzahl von Steckdosen, vor allem im ZHG und in einer Vielzahl der Seminarräume.

Um die Digitalisierung der Hochschulen sicherzustellen, bedarf es eines zeitgemäßen Urheber*innenrechts. Für uns ist dabei klar, dass die Bereitstellung von digitalen Texten sichergestellt sein muss. Daher werden wir uns auch weiterhin für Open Access Lösungen im Bildungsbereich einsetzen. Es bedarf neuer, zeitgemäßer Wege, Wissen, das an öffentlichen Einrichtungen entsteht, zu publizieren und abzurufen.

Einen weiteren wichtigen Punkt stellt für uns die ausreichende Bereitstellung digitaler Endgeräte durch die Hochschule dar. Ein digitalisierter Campus sollte allen zugänglich sein! Hierfür müssen ausreichend PC-Arbeitsplätze und entsprechende Software zur Verfügung gestellt werden.

4. Gleichstellung und Diversität

Grundlegend für eine soziale und gerechte Hochschule ist für uns der aktive Kampf für Geschlechtergerechtigkeit in einer Gesellschaft, in der Frauen* in vielen Bereichen noch immer benachteiligt sind. So sind an der Universität Göttingen nur ca. 25% der Professuren weiblich besetzt, obwohl der Anteil der Studentinnen und promovierenden Frauen bei ca. 50% liegt. Hier zeigt sich eine erhebliche Diskrepanz, die es zu beseitigen gilt.

Zu Diversität zählt aber auch, die Vielfalt der Geschlechter zu betrachten und sich aktiv für Menschen einzusetzen, die sich nicht in das binäre Geschlechtssystem (männlich-weiblich) und/oder das heteronormative System einordnen können oder wollen. Wir streben auch weiterhin an, die Studierenden mehr für diese Themen zu sensibilisieren und im AStA explizit auch LSBTIQ* (Lesbisch/Schwul/Bisexuell/Trans*/Inter*/Queer) zu vertreten, sowie Gender- und Diversitätsthemen zu behandeln und Studierende über diese zu informieren.

Aus diesen Gründen setzen wir uns auch für die Verwendung geschlechtergerechter Sprache mit dem Genderstar (*) ein. Ebenfalls versuchen wir ein Klima an der Universität zu schaffen, in dem niemand aufgrund seines/ihrer Geschlechts, Aussehens oder sexueller Orientierung diskriminiert oder angegriffen wird. Besonders sexualisierte Gewalt gegen Frauen* muss dabei bekämpft werden. Noch immer zeigen Studien und Hashtags wie #metoo, dass ungefähr jede zweite Studentin von sexueller Belästigung und/oder sexualisierter Gewalt betroffen ist. Das muss sich ändern! Dabei gilt es, die Gleichstellungsbeauftragten an der Universität zu stärken und Beratungsangebote für Betroffene zu erhalten und auszubauen. Auch ein AStA muss hier mithelfen und durch Beratung und politische Arbeit weiterhin tätig bleiben.

Weiterhin gehört zu Diversität, behinderte Menschen genauso mit einzubeziehen wie alle anderen Studierenden auch. Wir wollen die Vertretung für Studierende mit Beeinträchtigung (VfSB) weiterhin unterstützen und das Konzept vorantreiben, dass sich betroffene Personen selbst in die Hochschulpolitik einbringen können. Dabei ist die Umsetzung von Barrierefreiheit ein elementares Thema, für das wir uns auch weiterhin einsetzen wollen, auch wenn wir wissen, dass Barrierefreiheit nur ein Baustein für die Umsetzung von Inklusion ist.

Die Universität Göttingen ist auch eine international anerkannte Institution, weshalb viele ausländische Studierende in Göttingen leben und die Stadt bereichern. Wir wollen, dass alle Studierenden gemeinsam lernen und leben, ohne Angst vor Diskriminierung und Vorurteilen zu haben. Hier gilt es auch, diskriminierende Länderklischees zu überwinden.

5. Demokratisierung der Hochschule

Transparenz ist für uns nicht nur im AStA ein wichtiger Aspekt, sondern auch in den universitären Gremien der akademischen Selbstverwaltung. Die letzten Jahre zeigen allerdings, dass immer mehr Entscheidungskompetenzen von den demokratisch gewählten Gremien, wie dem Senat oder den Fa-

kultätsräten, in die Hinterzimmer des Präsidiums verlagert werden. Es darf nicht sein, dass sich das Präsidium über Beschlüsse von Fakultätsräten oder anderen demokratisch legitimierten Gremien hinwegsetzt und keinerlei Rechenschaft über ihr Handeln ablegen muss.

Die Gremien der Universität und des Studierendenwerks bedürfen allerdings ebenfalls einer Reform. Die Studierenden werden zurzeit in Relation zu ihrer Größe als größte Statusgruppe ungenügend abgebildet. Wir brauchen endlich paritätisch besetzte Gremien, die Professor*innen, den Mittelbau, die Studierenden sowie die Mitarbeiter*innen aus Technik und Verwaltung gleichmäßig abbilden. Langfristig wollen wir die Struktur der Statusgruppen aufbrechen.

6. Kultur

Wir setzen uns aktiv für eine kulturell vielfältige Universität ein. So ist es auch weiterhin ein Hauptanliegen von uns, dass das Stilbrvch als vom Kulturkollektiv verwalteter studentischer Veranstaltungskeller nicht mehr finanziell abhängig vom AStA sein, sondern selbstständig arbeiten können soll. ADF und RCDS blockieren die Ausgründung jedoch schon seit Jahren. Das muss sich ändern!

Auch außerhalb des Campus sind Kulturveranstaltungen wichtig. Diese wollen wir weiterhin aktiv durch das, vor einigen Jahren durch einen rot-grünen AStA eingeführte, Kulturticket fördern. Es ist auch weiterhin unser Anspruch, das Kulturticket stetig zu verbessern und auszubauen.

Wählt die Juso-Hochschulgruppe für einen guten AStA!

Studierendenparlament: Liste 5, Senat: Liste 2